

Veröffentlichung: ja

Besprechung des GKV-Spitzenverbandes, der Deutschen
Rentenversicherung Bund und der Bundesagentur für Arbeit
über Fragen des gemeinsamen Beitragseinzugs

am 23.11.2016

4. Aktualisierung des gemeinsamen Rundschreibens zur Fälligkeit des Gesamtsozialversicherungsbeitrags

Der Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Entlastung insbesondere der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie (Zweites Bürokratieentlastungsgesetz), der am 03.08.2016 vom Bundeskabinett beschlossen und am 20.10.2016 vom Deutschen Bundestag in erster Lesung beraten wurde, sieht zum 01.01.2017 eine Änderung zur Ermittlung der Beitragsschuld bei Fälligkeit des Gesamtsozialversicherungsbeitrags vor (Artikel 7 des Gesetzentwurfs; Bundesrats-Drucksache 437/16).

Derzeit dürfen im Wege einer Vereinfachungsregelung nur die Arbeitgeber den Gesamtsozialversicherungsbeitrag zum Fälligkeitstag in Höhe des Vormonatssolls zahlen, bei denen Änderungen der Beitragsabrechnung regelmäßig durch Mitarbeiterwechsel oder variable Entgeltbestandteile dies erfordern. Künftig soll diese Vereinfachungsregelung allen Arbeitgebern eröffnet sein (§ 23 Abs. 1 Satz 3 SGB IV in der vom 01.01.2017 an geltenden Fassung).

Vor dem Hintergrund der vorgesehenen Gesetzesänderung ist das gemeinsame Rundschreiben zur Fälligkeit des Gesamtsozialversicherungsbeitrags vom 25.08.2006 überarbeitet worden, insbesondere um die vom 01.01.2017 an geltenden Regelungen zur Ermittlung der Beitragsschuld in Gänze darzustellen. Darüber hinaus sind Aussagen zur Definition des Bankarbeitstags und zur rechtzeitigen Übermittlung des Beitragsnachweises in das gemeinsame Rundschreiben aufgenommen worden. Hinzu kommen einige redaktionelle Anpassungen: unter anderem ist der Abschnitt mit der Darstellung der einschlägigen Rechtsgrundlagen entfallen.

Die Spitzenorganisationen der Sozialversicherung kommen überein, das gemeinsame Rundschreiben zur Fälligkeit des Gesamtsozialversicherungsbeitrags in der vorliegenden aktualisierten Fassung unter dem Datum vom 23.11.2016 neu bekanntzugeben (Anlage). Im Hinblick darauf, dass das Gesetzgebungsverfahren zum Zweiten Bürokratieentlastungsgesetz

nach gegenwärtigem Stand erst Anfang des Jahres 2017 abgeschlossen sein wird, die Änderung des § 23 Abs. 1 Satz 3 SGB IV dann aber rückwirkend zum 01.01.2017 in Kraft treten soll, bestehen aus Sicht der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung keine Einwände, wenn Arbeitgeber die Vereinfachungsregelung zur Ermittlung der Beitragsschuld bereits für Entgeltabrechnungszeiträume ab Januar 2017 anwenden.

Anlage